

DOKUMENTATION

JERZY KOCHANOWSKI (WARSCHAU)

»Gegenüber Polen herrscht ein allgemeiner Unwille« Zwei Dokumente der Polnischen Militärmission aus dem Jahr 1946 zur Einschätzung der SED

Unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg war die Haltung der polnischen Kommunisten gegenüber den Entwicklungen in Deutschland von weit reichenden Ambivalenzen geprägt. Ähnlich gespalten war das Verhältnis zur KPD. Einerseits stand es außer Frage, dass die Aufnahme von Kontakten zwischen den polnischen und den deutschen Kommunisten aufgrund der gemeinsamen politischen Schutzmacht Moskau lediglich eine Frage der Zeit sein konnte. Andererseits musste in Polen die eindeutige, von Hass und dem Wunsch nach Vergeltung geprägte Haltung der Bevölkerung gegenüber den Deutschen berücksichtigt werden, nicht zuletzt deshalb, weil diese Gefühle in beträchtlichem Maße zur Legitimierung der neuen polnischen Führung beitrug. Die Vision einer Bedrohung aus dem Westen (auch jenem direkt hinter Oder und Neiße gelegenen), gegen welche angeblich nur die neuen östlichen Verbündeten und das neue politisch-gesellschaftliche System ausreichend Schutz bieten könnten, wurde deswegen von den polnischen Kommunisten sorgsam gehegt.¹

¹ Siehe u. a. Lenarczyk, Wojciech: »Dobry« i »zły« Niemiec w oczach publicystów [Der »gute« und der »böse« Deutsche aus Sicht der Publizisten], in: Polska 1944/45–1989. Studia i materiały [Polen 1944/45–1989. Studien und Materialien], Warschau 2001, Bd. 5, S. 110. Siehe ebenfalls: Dymitrów, Edmund: Niemcy i okupacja hitlerowska w oczach Polaków. Poglądy i opinie z lat 1945–1948 [Die Deutschen und die nationalsozialistische Okkupation aus Sicht der Polen. Ansichten und Meinungen aus den Jahren 1945–1948], Warschau 1987; Szarota, Tomasz: Niemcy i Polacy. Wzajemne postrzeganie i stereotypy [Deutsche und Polen. Gegenseitige Wahrnehmung und Stereotypen], Warschau 1996; Pasierb, Bronisław: Problem niemiecki w myśli politycznej Polskiej Partii Robotniczej (1942–1948) [Die deutsche Frage im politischen Denken der Polnischen Arbeiterpartei (1942–1948)], in: Orzechowski, Marian (Hrsg.): Polska. Naród. Państwo. Z badań nad myślą polityczną Polskiej Partii Robotniczej 1942–1948 [Polen. Nation. Staat. Forschungen zum politischen Denken der Polnischen Arbeiterpartei 1942–1948], Wrocław u. a. 1972, S. 220–258; Wolff-Powęska, Anna (Hrsg.): Polacy wobec Niemców. Z dziejów kultury politycznej Polski 1945–1989 [Die Polen angesichts der Deutschen. Zur Geschichte der politischen Kultur Polens 1945–1989], Poznań 1993. Darin speziell Kiwerska, Jadwiga: W atmosferze wrogości (1945–1970) [In feindlicher Atmosphäre (1945–1970)], in: Ebenda, S. 45–93; Rudnicki, Andrzej: Problem niemiecki

Während allerdings die katholische und sozialistische Presse wie auch die der Bauernpartei den Linksschwenk in der SBZ kompromisslos kritisierten,² hüllten sich die kommunistisch dominierten Medien entweder in Schweigen oder aber lazierten zwischen Feindseligkeit und Gleichgültigkeit. Es bleibt auch unklar, wie (und ob überhaupt) die polnische Führung auf die von Stalin am 26. Mai 1945 erlassene Genehmigung zur Gründung »antifaschistischer Parteien« sowie »freier Gewerkschaften und gesellschaftlicher Organisationen« in der späteren SBZ reagierte. All dies bedeutet jedoch nicht, dass es keinerlei Kontakte zwischen den deutschen und polnischen Kommunisten gegeben hätte. Auf beiden Seiten von Oder und Neiße wurden Bekanntschaften aus Zeiten des Spanischen Bürgerkriegs weiter gepflegt.³ Die Tatsache allerdings, dass sich – zumindest auf polnischer Seite – ein bedeutender Teil prominenter Bürgerkriegsveteranen in der Armee oder bei

w publicystyce Polski Ludowej 1944–1949 [Die deutsche Frage in der Publizistik Volkspolens 1944–1949], Warschau 1988.

² A. Woycicki schrieb in der katholischen Wochenzeitung *Tygodnik Powszechny* vom 3. Februar 1946: »Dieser neue Anstrich des »Herrenvolkes« [im Original deutsch] in roter Farbe macht auf mich den Eindruck, als wäre lediglich das Hakenkreuz auf der aus Okkupationszeiten bekannten roten Fahne mit dem zerbrochenen Kreuz verdeckt worden. Geblieben ist das Rot. [...] Deshalb sollte man heute, da immer mehr Deutsche mit roten Armbinden auftauchen, mit denen sie die Augen der Polen, Russen, Amerikaner oder Engländer zu blenden suchen, große Vorbehalte gegenüber solch einem »Nationalkommunismus« [im Original deutsch] in Betracht ziehen und äußerst vorsichtig handeln, damit sich in die internationale Zusammenarbeit keine Elemente schlechten Willens hineinstehlen, oder auch solche, die erblich mit einem Überlegenheitskomplex belastet sind. Das trojanische Pferd muss verrecken.« Zitiert nach Rudnicki, *Problem niemiecki* (Anm. 1), S. 117. Vizepremier Stanisław Mikołajczyk (Polnische Volkspartei, polnische Abk.: PSL) hatte in der *Gazeta Ludowa* vom 21. Mai 1946 geschrieben: »Wir kennen die Deutschen und wissen, dass sie immer die gleichen sind – sei dies nun unter Fritz, ebenso wie unter Wilhelm oder auch Hitler. Ich glaube [ihnen] auch heute nicht, wenn der Führer der deutschen Kommunisten Wilhelm Pieck ehemalige NSDAP-Mitglieder der unteren Ränge in die kommunistische Partei einlädt. Es könnte sich dereinst zeigen, dass auch die deutschen Kommunisten ihren Einfluss auf die Errichtung eines deutschen, gegen Polen gerichteten Imperialismus gerichtet hatten.« Zitiert nach Tomala, *Mieczysław: Patrząc na Niemcy. Od wrogości do porozumienia 1945–1991* [Den Blick nach Deutschland gerichtet. Von der Feindschaft zur Verständigung 1945–1991], Warschau 1997, S. 73. Die deutsche Ausgabe trägt den Titel Tomala, *Mieczysław: Deutschland – von Polen gesehen. Zu den deutsch-polnischen Beziehungen 1945–1990*, Marburg 2000.

³ Wilhelm Pieck und Franz Dahlem schrieben im Januar 1946 in einem Dankeschreiben an das ZK der PPR für dessen Unterstützung von 16 KPD-Aktivisten bei deren Rückkehr aus Schweden und Dänemark nach Deutschland: »Ebenfalls bitte ich [sic!] um Übermittlung meiner persönlichen Grüße an die Genossen: General »Walter« [Karol Świerczewski, Anm. des Autors] und Henryk Toruńczyk von den Internationalen Brigaden, ebenso wie an alle weiteren Bekannten aus Spanien und aus den Konzentrationslagern in Frankreich, die im Kampf um die Befreiung Eures Landes eine so herausragende Rolle gespielt haben.« Gemkow, Heinrich/Góra, Władysław (Hrsg.): *Wspólne tradycje. Współdziałanie polskiego i niemieckiego ruchu robotniczego. Wybór dokumentów i materiałów* [Gemeinsame Traditionen. Die Zusammenarbeit der polnischen und deutschen Arbeiterbewegung. Ausgewählte Dokumente und Materialien], Bd. 1: 1847–1950, Warschau 1983, S. 329.

der politischen Polizei wieder fand, verlieh diesen Kontakten einen spezifischen, weitgehend inoffiziellen Charakter. Kaum eine Bedeutung scheinen demgegenüber Bekanntschaften gehabt zu haben, die in Konzentrationslagern geschlossen worden waren. Die Lagerhaft von Józef Cyrankiewicz⁴ in Mauthausen, wie auch die von Jan Izydorzycy⁵ in Buchenwald (wo letzterer Mitglied des Internationalen Lagerkomitees war), wurden erst seit Ende der 40er Jahre genutzt, jedoch auch dann hauptsächlich zu Propagandazwecken. Eine entscheidende Rolle spielte nämlich allein die Tatsache, dass auf beiden Seiten der Oder der innere Kreis der Partielite von Aktivisten gebildet wurde, die den Krieg in der UdSSR verbracht hatten.

Zu ihnen gehörte Oberst (später General) Jakub Prawin (1901 bis 1957), der Autor der beiden hier veröffentlichten Dokumente. Da Prawin für die Kontaktaufnahme zwischen den polnischen und deutschen Kommunisten (wie auch weitgehend für die gesamte »Deutschlandpolitik« Warschaus) verantwortlich war, soll an dieser Stelle etwas ausführlicher auf seinen Werdegang eingegangen werden: Der Sohn jüdischer Arbeiter schloss in Wien ein Studium der Ökonomie mit Promotion ab. Seit 1931 war er Mitglied der illegalen Kommunistischen Partei Polens (Komunistyczna Partia Polski, KPP), weshalb er mehrere Jahre im Gefängnis verbrachte. Im September 1939 gelang ihm die Flucht in die Sowjetunion, wo er in den Jahren 1941 bis 1943 in der Roten Armee kämpfte (u. a. bei Stalingrad). 1943 wurde er in Funktion eines Politoffiziers den in der UdSSR gebildeten polnischen Truppen zugeteilt. 1945 war er Bevollmächtigter der polnischen Behörden für die Polen zugesprochenen Teile Ostpreußens. Ende desselben Jahres wurde er zum Chef der Polnischen Militärmission in Berlin ernannt und verblieb in dieser Funktion bis 1950.⁶

Prawin entsprach keineswegs dem Typus eines »Apparatschik«, der lediglich Befehle ausführt. Von Beginn an bemühte er sich, in die Komplexität der deutschen Strukturen einzudringen und überzeugte sich hierbei auch von der Unabdingbarkeit einer Koexistenz von Polen und Deutschen. Er verstand es, seine Voreingenommenheit den Deutschen gegenüber abzulegen und war damit – wie es Edmund Osmańczyk formuliert hat – »das seltene Exemplar eines Polen, der frei war vom Brandgeruch kriegsbedingter Ressentiments«⁷. Allerdings lässt sich

⁴ Politbüromitglied 1948 bis 1971, Premier 1947 bis 1952 und 1954 bis 1970.

⁵ Izydorzycy war seit Februar 1950 Chef der Polnischen Militärmission in Berlin, anschließend von November 1953 bis April 1955 Botschafter Polens in der DDR.

⁶ Mehr zu Prawin siehe Hübner, Christa: Jakub Prawin – Chef der Polnischen Militärmission in Berlin (1946–1950), in: Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung 30 (1988), H. 4, S. 526–534. Zur Polnischen Militärmission Gondek, Leszek: Polskie Misje Wojskowe 1945–1949 [Polnische Militärmissionen 1945–1949], Warschau 1981; Marczak, Tadeusz: Granica zachodnia w polskiej polityce zagranicznej w latach 1944–1950 [Die Westgrenze in der polnischen Außenpolitik der Jahre 1944–1950], Wrocław 1995, S. 232–239.

⁷ Osmańczyk, Edmund: Lata berlińskie [Die Berliner Jahre], in: Prawin, Jakub: Wspomnienia [Erinnerungen], Warschau 1959, S. 102.

nur schwer abschätzen, inwieweit seine Handlungen von einem seiner Zeit weit vorausseilenden Willen zur Verständigung oder vielmehr allein von seinem harten politischen Realismus bestimmt waren. Unter diesem Gesichtspunkt war Prawin seinem häufigsten Gesprächspartner aus der SED, Walter Ulbricht, nicht unähnlich. Genauso wie Ulbricht war auch Prawin ein eiskalter, oft zynischer Taktierer, ein unnachgiebiger Verhandlungspartner, der einzig die eigene Staatsraison im Auge hatte und sich kaum weiter um die Rechte der Kontrahenten kümmerte.

Es besteht indes kein Zweifel daran, dass Prawin Kontakte zu sämtlichen Kreisen der SBZ anstrebte, nicht nur zur sowjetischen Besatzungsmacht und zur radikalen Linken (KPD, später SED), sondern auch zu Vertretern anderer politischer Richtungen sowie zu Persönlichkeiten aus Kultur und Wissenschaft. Charakteristischerweise wählte er für das erste Treffen nicht etwa einen prominenten Vertreter von KPD oder SPD, sondern den Schriftsteller und Vorsitzenden des *Kulturbundes* Johannes R. Becher.⁸ In seinen ersten Berichten billigte er der Vereinigung von KPD und SPD zur SED keine besondere Bedeutung zu. Prawin betonte, dass »diese Fusion [...] keine Zeichen eines spontanen Aktes aufweisen, sondern vielmehr [die] einer Aktion aus Initiative des schmalen Parteiaktivs unter den Auspizien der sowjetischen Führung. Von Seiten der Massen ließ sich keine Aktivität erkennen, sondern eher die passive und loyale Unterordnung unter die Anweisungen der Parteiorgane«⁹. Man beachte zudem, dass auch die polnische Presse die Gründung der SED nur beiläufig erwähnte – zum Beispiel die Zeitung *Głos Ludu* (Stimme des Volkes) Nr. 111 vom 23. April 1946 – und dass die Führung der kommunistischen Polnischen Arbeiterpartei (Polska Partia Robotnicza, Abk.: PPR)¹⁰ ihre Gratulationen erst am 20. Mai 1946 – exakt einen Monat nach Beendigung des Vereinigungsparteitags – nach Berlin übersandte.¹¹ Zur gleichen Zeit bemühte man sich, die politische Szene Deutschlands zu überwachen, wozu unter anderem ein – auch in der SBZ – gut ausgebautes Agentennetz benutzt wurde.¹²

⁸ Archiwum Ministerstwa Spraw Zagranicznych (Archiv des Außenministeriums, im Folgenden: AMSZ), z. 6, w. 42, t. 668, Bl. 1–5

⁹ PWM, raport polityczny za kwiecień 1946 [Polnische Militärmission, Politischer Rapport für den April 1946] vom 2. Mai 1946, in: AMSZ, z. 6, w. 108, t. 1739, Bl. 84.

¹⁰ Anm. der Redaktion: Die KPP war 1938 auf Befehl Stalins aufgelöst worden. Der NKVD ermordete die Mehrheit der polnischen KP-Führer, die in der Sowjetunion im Exil lebten, während des »Großen Terrors« 1937/38. Eine kommunistische Parteineugründung erfolgte mit Billigung Moskaus erst nach dem Angriff Deutschlands auf die Sowjetunion unter dem Namen Polnische Arbeiterpartei (PPR) im Januar 1942 in Warschau.

¹¹ Gemkow/Góra: *Wspólne tradycje* (Anm. 3), S. 332.

¹² Siehe dazu den Mitte Mai 1946 im Ministerium für Öffentliche Sicherheit verfassten Rapport zur Vereinigung von KPD und SPD: Burgin do Radkiewicza [Burgin an Radkiewicz], in: Instytut Pamięci Narodowej (Institut für Nationales Gedenken, im Folgenden: IPN), BU, MBP 730, Bl. 56–59.

Es stand jedoch außer Frage, dass die SED langfristig der einzige wirkliche Partner der PPR in der SBZ sein würde, so dass die Aufnahme direkter Kontakte lediglich eine Frage der Zeit sein würde. Zu einem ersten Treffen Prawins mit Walter Ulbricht, den er für den besten Kenner polnischer Angelegenheiten erachtete, kam es am 15. Juli 1946 (siehe Dokument 1). Das Gespräch drehte sich um allgemeine Fragen, doch kam auch eine eventuelle Zusammenarbeit beider Parteien zur Sprache. Diese sei jedoch – so Ulbricht – erst zu einem späteren Zeitpunkt möglich, nämlich nach Abschluss einer ersten Etappe der Parteiarbeit »auf nationaler Basis«.

Die grundlegende Barriere, die – im Übrigen für beide Seiten – eine engere Zusammenarbeit vorerst ausschloss, war die Oder-Neiße-Grenze, die von den SED-Funktionären noch lange Zeit als eine provisorische betrachtet wurde (siehe das Dokument 2). Als die SED im Vorfeld der für Herbst 1946 geplanten Kommunalwahlen eine »Grenz«-Kampagne initiierte, versuchte Warschau an die SED-Spitze heranzutreten. Zu diesem Zweck wurde die »spanische« Bekanntschaft der ranghohen Militärs Karol Świerczewski¹³ und Henryk Toruńczyk¹⁴ mit Franz Dahlem genutzt. Nachdem die streng geheimen Verhandlungen zwischen PPR und SED zu diesem Thema im Herbst 1946 zu keinem Ergebnis führten,¹⁵ rückte selbst die polnische kommunistische Presse von ihrer bisherigen zurückhaltenden Position ab und begann, die SED direkt anzugreifen.¹⁶

Die Beziehungen von SED und PPR begannen sich erst 1947 schrittweise zu verbessern. Zum eigentlichen Wendepunkt in den Kontakten zwischen den beiden Parteien kam es allerdings erst im Frühjahr und Sommer 1948, als die SED aufgrund der internationalen Lage ihren Kampf um eine Revision der Oder-Neiße-Grenze aufgab. In der polnischen Presse wurde nun ein Bild der SBZ als separatem deutschen Staat sowie der SED als dessen unabhängiger Regierungspartei entworfen. Während des in Wrocław (Breslau) abgehaltenen »Weltkongresses der Intellektuellen für den Frieden« vom 25. bis 28. August 1948 wurde die deutsche Delegation vom polnischen Ministerrat empfangen.¹⁷ Beim Besuch Walter Ulbrichts in Warschau (Oktober 1948) konnte man indes bereits den Eindruck gewinnen, Polen empfangt das Oberhaupt eines befreundeten Staates. Als entscheidende Geste kann jedoch die Anwesenheit einer SED-Delegation auf

¹³ Karol Świerczewski (1897 bis 1947), stellvertretender Minister für Nationale Verteidigung 1946/47.

¹⁴ Henryk Toruńczyk (1909 bis 1966) war 1945 Kommandeur der Inneren Truppen, seit 1946 in der staatlichen Verwaltung, u. a. im Ministerium für die wieder gewonnenen Gebiete (Direktor des Departements), später im Landwirtschaftsministerium und im Ministerium für Leichtindustrie.

¹⁵ IPN, BU, MBP 730, Bl. 64–66.

¹⁶ Siehe Werfel, Roman: Granica polska na Odrze i Nisie jest nienaruszalna. Wilhelmowi Pieckowi w odpowiedzi [Die polnische Grenze an Oder und Neiße ist unverrückbar. Wilhelm Pieck zur Antwort], in: Głos Ludu Nr. 298 vom 29. Oktober 1946.

¹⁷ Archiwum Akt Nowych (Archiv für Neue Akten, im Folgenden: AAN), 450/III–119, Bl. 96 f.

dem Vereinigungsparteitag von PPR und Polnischer Sozialistischer Partei (Polska Partia Socjalistyczna, Abk.: PPS) zur Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei (Polska Zjednoczona Partia Robotnicza, Abk.: PZPR) im Dezember 1948 gewertet werden. Die Beziehungen von SED und PZPR vollzogen sich schon bald in einem fest gefügten Rahmen. Schon 1948 tauschten die beiden Parteien wechselseitig Neujahrsgrüße aus,¹⁸ das Vokabular wurde ritualisiert (es war die Rede von den deutschen und polnischen »Freunden«), ebenso die gegenseitigen Treffen, die grundsätzlich in »herzlicher, freundschaftlicher Atmosphäre« vonstatten gingen.¹⁹

In Wahrheit aber blieben die Beziehungen der beiden Parteien fassadenhaft. Während auf Massenkundgebungen sowie in der kommunistischen Presse die Verbesserung der interparteilichen Beziehungen deklariert wurde, konnte ein grundlegendes Hindernis, das etwa im Verhältnis der beiden Bevölkerungen zueinander keinerlei Rolle gespielt hatte, niemals überwunden werden: Die Konkurrenz um die Gunst des sowjetischen Suzeräns die bis zum Ende der DDR und der Volksrepublik Polen als unverrückbare Barriere zwischen den beiden Parteien bestehen blieb.

Dokument 1²⁰

Berlin, 17. Juli 1946

Dienstbericht

Betrifft: Gespräch mit dem Mitglied des ZK der SED Ulbricht²¹

Das Treffen fand am 15. dieses Monats statt und dauerte 1 ½ Stunden. Ulbricht ist eines der aktivsten ZK-Mitglieder von Seiten der ehemaligen KPD.

Ulbricht beurteilt die Situation günstiger, als dies andere Gesprächspartner aus der SED getan haben. Zwar erklärt auch er, dass die deutschen Massen noch nicht zu einem aktiven Leben, im vollen Sinne dieses Wortes, aufgerüttelt werden konnten, doch es gäbe Anzeichen für eine bedeutende, massenhafte Aktivierung, vor allem zu Zeiten von Kampagnen, z.B. der Kampagne zur Vereinigung von SPD und KPD, der Plebiszit-Kampagne in Sachsen und anderer. Nach solch einer Kampagne trete allgemein ein sehr starkes Abflauen der Aktivität ein. Die Entwicklungslinie verläuft folglich wellenförmig.

Ulbricht erklärt, dass das SED-Aktiv an personeller Stärke immer mehr zunehme und sich politisch stärkt. Hierbei gehe selbstverständlich das alte KPD-Aktiv voran, doch in allen Organen der SED werde die Parität strikt eingehalten.

¹⁸ AAN, KC PZPR, 237/XXII–511, Bl. 1.

¹⁹ AMSZ, z. 15, w. 5, t. 37, Bl. 83–85.

²⁰ AMSZ, z. 6, w. 42, t. 668, Bl. 22–26. Auf dem ersten Blatt des Dokumentes unten links steht der Eingangstempel des Außenministeriums »24. Juli 1946 Geheim«.

²¹ Im gesamten Text des Dokumentes ist Ulbrichts Name falsch geschrieben (»Ulbricht«), wurde aber (teilweise) von Hand korrigiert. Für die Übersetzung wurde die Korrektur übernommen. Alle Unterstreichungen stammen aus dem Dokument.

Seiner Meinung nach eilt die sowjetische Zone den anderen Zonen voraus, sowohl wirtschaftlich als auch politisch. Die Versorgungslage habe sich, wenn auch auf einem einfachen Niveau, normalisiert, Arbeitslosigkeit gäbe es keine, die Industrie sei angelaufen und die Felder seien bestellt. Die Entnazifizierung sei vollständig abgeschlossen worden. Sämtliche Amtsstellen seien gesäubert worden, die Schlüsselpositionen mit entschieden demokratischen Elementen besetzt; gerade bei der Polizei hätten 80 Prozent der Kommissariate mit SED-Mitgliedern besetzt werden können. Am schlechtesten stelle sich die Situation beim Gerichtswesen dar und zwar wegen der fehlenden Kader, aber auch wegen des Druckes, den die Angelsachsen bei jedem Versuch, hier eine Säuberung durchzuführen, im Kontrollrat ausübten. Unter diesen Umständen richte sich die Partei darauf ein, ehemalige nominelle Mitglieder der NSDAP (die kleinen Pgs)²² zu aktivieren und in den Orbit ihres Einflusses zu ziehen, was ihr hervorragend gelinge. Sie nimmt noch keine kleinen Pgs in die Partei auf, jedoch nur aus internationalen Erwägungen, um den Angelsachsen keine Argumente zu liefern. Ulbricht glaubt, dass sich das Problem der kleinen Pgs mit Leichtigkeit lösen lasse.

Die Partei beabsichtigt, in die sich nähernden Kampagne zu den Kommunalwahlen erstmals gesellschaftliche Parolen einzubringen: »Ihr sagt, dass Hitler euch mit seiner Demagogie betrogen hat, dass ihr an seinen Sozialismus geglaubt hättet. Diesmal wird die Liquidierung der Trusts und Kartelle wirklich realisiert, ebenso wie die Einschränkung der Willkür des Kapitals und die Verstaatlichung der Industrie, seid also konsequent.«

In der sowjetischen Zone wurde das Großkapital liquidiert (Kartelle und Trusts), die Bodenreform für [Landwirtschaftsbetriebe] über 100 ha durchgeführt und man hat die Klasse der Junker liquidiert. All dies verschaffe der sowjetischen Zone und der SED einen gewaltigen Vorteil gegenüber den anderen Zonen.

In den angelsächsischen Zonen bremse die Herrschaft der Industrie- und Landmagnaten die Stabilisierung und Gesundung der wirtschaftlichen Situation. Es herrscht dort eine große Arbeitslosigkeit und die Felder sind unbestellt. Unter dem Einfluss der Ereignisse in der sowjetischen Zone seien sie in den beiden angelsächsischen Zonen gezwungen, [ebenfalls] über die Bodenreform zu sprechen, das hat jedoch noch keine konkreten Formen angenommen. Die Angelsachsen konnten letztendlich die Einreise von Mitgliedern des ZK der SED, die dort Versammlungen organisieren wollten, nicht verbieten. Es seien bereits halblegale SED-Initiativkomitees gegründet worden. Einen besonders großen Einfluss [der SED] gäbe es im Ruhrgebiet, wo auch die politische Reife am größten sei. Die Antwort auf das englische Verbot für KPD-Versammlungen, auf denen die Organisation der SED vorbereitet werden sollte, war ein sichtbarer Rückgang der Kohleförderung.

Die französische Zone sei geprägt durch die bereits bekannte administrative und politische Unfähigkeit. Es gibt dort in der Tat weder eine erkennbare politische noch Parteienaktivität. Die französische Administration unterstütze separatistische Parteien. Trotzdem verfüge an der Saar die KPD, deren Parole die Einheit Deutschlands ist, über den größten Einfluss.

Der Hang zur Einheit sei in ganz Deutschland sehr stark. In den sich nähernden Kommunalwahlen beabsichtige die Partei [deshalb] erstmals mit folgenden Parolen aufzutreten: Einheit Deutschlands, zentralistische Regierung, Berlin als Hauptstadt. Nach Ansicht von Ulbricht ist der Sieg der SED bei den Kommunalwahlen in der sowjetischen Zone gesichert. In Berlin selbst sei die Situation komplizierter, aber auch hier werde die SED – seiner Meinung nach – gewinnen.

Die Taktik der SED in Berlin ist charakteristisch. Die SPD wurde im sowjetischen Sektor Berlins bereits zugelassen, aber sie führe ein sehr kümmerliches Dasein und spiele keinerlei Rolle. Andererseits nutzte die SED die Erlaubnis der angelsächsischen Behörden nicht, sich in deren Sektoren zu organisieren, da sie der weiteren Zerschlagung der Arbeiterklasse keinen Vorschub

²² Der Inhalt der Klammer ist im Original deutsch.

leisten wollte. Die angelsächsischen Behörden stimmten nämlich (darüber berichtete ich seinerzeit in einem ausführlichen Rapport) der Gründung der SED in ihren Sektoren bzw. der Umbenennung der KPD in SED zu. Das ZK der SED hatte darauf jedoch verzichtet und forderte lediglich die Legalisierung der Koordinierungskomitees (Einheitsausschüsse)²³ von KPD und SPD zur Vorbereitung einer späteren Vereinigung. Die Engländer und Amerikaner wollen diese Einheitsausschüsse²⁴ jedoch nicht legalisieren. Die Angelegenheit sei dennoch auf gutem Wege, denn es entstünden spontan Arbeitsausschüsse²⁵ in den Fabriken und Wohnbezirken, welche die Zusammenarbeit der beiden Parteien forderten. So stark sei der Hang zur Einheit selbst dort, wo unter dem Druck der Angelsachsen keine Vereinigung zustande kam.

Vor der englischen Abweichung der SPD fürchtet sich Ulbricht nicht. Schumacher habe keinerlei positives Programm und könne es auch gar nicht haben, da ihm die Engländer dies nicht erlaubten. Schumacher könne einzig ein Agent des Imperialismus sein und dies sei er auch. Die Umstände zwängen ihn, ein Sprecher der Trusts und Kartelle zu sein, ein Gegner der Bodenreform und Fürsprecher der Teilung Deutschlands. Seine Popularität sei gering, zumal bei den aktiveren und [politisch] bewussten deutschen Massen; während der Wahlkampagne werde er sich noch stärker zu erkennen geben und dadurch einen noch weiteren Verlust seines Einflusses hinnehmen müssen.

Ulbricht glaubt, dass angesichts des nicht vorhandenen Problems der kleinen Pgs der eigentliche Kampf, vor dem die Partei stehe, der Kampf gegen die alte Reaktion sei: Stahlhelm und Deutschnationale²⁶, unterstützt von den Angelsachsen.

Von bedeutenderen Erfolgen bei den kommenden Kommunalwahlen in den angelsächsischen Besatzungszonen könnte keine Rede sein, doch man könne damit rechnen, dass die SED dort dennoch eine starke Basis erringen wird. Am schlimmsten stehe es in Hamburg, wo die Engländer über einen starken Einfluss verfügten.

Auf meine Frage, was aus den Traditionen an der Wasserkante geworden sei, antwortete Ulbricht, dass die Engländer sogar schon während der Weimarer Zeit sehr systematisch ihren Einfluss in dieser Hafenstadt verfestigt hätten. Ulbricht erklärt, dass er die französischen Genossen dazu angehalten habe, sich in der Frage um Ruhr und Niederrhein nicht zu sehr zu engagieren, da sie sich, zumal angesichts des aktuellen politischen Kräfteverhältnisses in Frankreich, dadurch dem englischen Imperialismus andienten. Die deutschen Parteimitglieder engagierten sich nicht im Kampf an der Seite der französischen Genossen, da sie davon ausgegangen seien, dass sich die Frage, was sich während der Auftritte Molotovs in Paris ereignete, ohnehin bald kläre. Ulbricht erzählte weiter, dass auch die Arbeit unter den Frauen und Jugendlichen angelaufen sei. Beide Organisationen sind vereinheitlicht und überparteilich (Frauenausschüsse und Freie Jugend²⁷), mit Ausnahme einiger weniger katholischer Gruppen. Größere Schwierigkeiten gäbe es natürlich bei der Arbeit unter den Hausfrauen, aber man erwartet auch hier im Zuge der Wahlkampagne eine Belebung. Die Jugendarbeit beurteilt er positiv.

Ulbricht spricht darüber hinaus von großen ideologischen Mängeln sowohl bei den Massen als auch in den Reihen der Partei. An der Beseitigung dieser Mängel arbeiten zahlreiche Parteschulen, Abteilungen für Kultur und Bildung, Gemeinschaftszentren und Klubs. Die Schulen haben übrigens ihre Arbeit in sämtlichen Bereichen des beruflichen, gesellschaftlichen und politischen Lebens aufgenommen und bilden neue Führungskader in den Bereichen Wirtschaft und Politik aus (Verwaltungs-, Polizei-, Führungs- und Rechtsschulen etc. ...).

²³ Begriff in Klammern ist im Original deutsch.

²⁴ Begriff ist im Original deutsch.

²⁵ Begriff ist im Original deutsch.

²⁶ »Stahlhelm und Deutschnationale« sind im Original deutsch.

²⁷ Die Begriffe in Klammern sind im Original deutsch.

Nach den Wahlen werde man zu einer verstärkten ideologischen Arbeit übergehen, wobei man sich im Speziellen der Thematik der aktuellen Veränderungen in den Nachbarstaaten zuwenden werde sowie den Fragen bezüglich einer Zusammenarbeit mit den demokratischen Kräften in den Nachbarländern im gemeinsamen Kampf gegen die internationale Reaktion. Die Reaktion entfalte und verbreite sehr gekonnt Unwillen gegen die Sowjetunion, die nach wie vor nicht genug gestärkt sei. Ulbricht ist der Meinung, dass dieser Unwille sich langsam abschwächt, zumal angesichts der unzweifelhaften Errungenschaften in der sowjetischen Zone.

Im stärksten würden selbstverständlich die Demontagen für schlechtes Blut sorgen, deren Ausmaß von der Reaktion übertrieben werden (sie sprechen lauthals von 75 Prozent), während Ulbricht sie auf insgesamt 10 bis 15 Prozent einschätzt. Über exakte Angaben verfügt er nicht.

Was die polnischen Angelegenheiten angeht, ist Ulbricht um einiges besser orientiert als die anderen. Dies geht zurück auf seine Moskauer Zeit, als er bei der Organisation der Einschleusung des dortigen Parteiaktivs in die Heimat mit unseren Genossen zusammentraf. In der Regel wissen die Deutschen, selbst aktive Parteimitglieder, nichts über Polen. Gegenüber Polen herrscht ein allgemeiner Unwille, der selbst in die höheren Parteiebenen hinein reicht. Dies ist aufgrund der Grenzfrage, der Aussiedlung von Deutschen usw. auch verständlich.

Die Partei will nach den Wahlen daran gehen, diese Chinesische Mauer einzureißen, wobei sich auch Ulbricht selbst noch nicht darüber im Klaren ist, wie dies realisiert werden soll. Charakteristisch ist seine Formulierung, wonach die enge Zusammenarbeit unserer Parteien erst später eingeleitet werden sollte, während in der jetzigen Entwicklungsetappe die Parteien auf nationaler Basis arbeiteten (auf nationaler Basis)²⁸.

Für den Moment formuliert er folgende Postulate: 1. Wir sollen ihm Informationen aus und über Polen zukommen lassen, dabei auch solche über die Tätigkeiten unserer Reaktion in der englischen und amerikanischen Zone. Diese letzteren Informationen wollen sie in ihrer Argumentation gegen die Öffnung der Zonengrenzen verwenden, welche dazu führen würde, dass ihnen nicht nur die eigene Reaktion an die Gurgel geht, sondern auch die internationale, polnische, jugoslawische, welche in den angelsächsischen Zonen gezüchtet würden. 2. Ulbricht ist der Meinung, man sollte die Repatriierung der Deutschen zu Ende führen. Er würde es jedoch vorziehen, wenn dies nach den Wahlen geschähe und zwar in möglichst würdiger Form. Sein Standpunkt scheint aufrichtig, denn er selbst hat das Thema angesprochen und zwar als Reaktion auf das von einem Korrespondenten von France-Press in entstellter Form veröffentlichte Interview mit Richter Czajkowski von unserer Repatriierungs-Mission und dies noch vor unserem Dementi. 3. Nach den Wahlen und der Beendigung der Aussiedlung der Deutschen, sollte, nach einer gewissen vorbereitenden ideologischen Kampagne, eine Arbeiterdelegation, so meint er, von den Gewerkschaften aus Deutschland [nach Polen] entsandt werden, welche mit eigenen Augen sehen könnte, was die Hitleristen in Polen angerichtet haben und welche Veränderungen in Polen vonstatten gehen.

Was die ersten beiden Punkte angeht, war ich mit ihm einverstanden. Den dritten habe ich verprochen, bei den entsprechenden Instanzen in der Heimat vorzutragen.

Der Chef
Der Polnischen Militär-Mission

(Dr. J. Prawin, Oberst)

²⁸ Der Inhalt der Klammer ist im Original deutsch.

Dokument 2²⁹**Polnische Militärmission beim Kontrollrat in Deutschland****Spezialrapport****Die Stimmungen in der SED bezüglich unserer Westgrenze**

Berlin, 24. September 1946

Streng geheim³⁰

Die Reaktionen in der hiesigen Presse sowie vor allem auch bei der SPD (Schumacher, Neumann) auf die Rede von Byrnes provozierten die SED zu einer [eigenen] Stellungnahme in der Grenzfrage.

Bei dieser Gelegenheit zeigte es sich, welche Verwirrung in der SED bezüglich dieser Frage herrscht.

Noch vor kurzem hatte Walter Ulbricht öffentlich verkündet: »Hitler hat unsere Ostgrenze verspielt.« Sämtliche späteren Reaktionen in den Provinzen des Landes hatten sich hieran orientiert.

Doch [inzwischen] hat man begonnen, von der zitierten Linie Ulbrichts und Piecks abzuweichen. Seinen Kulminationspunkt fand dieser Gesinnungswandel auf einer Konferenz von SED-Funktionären am 10. September 1946 in der Rede von Max Fechner. Seinen Standpunkt hat er wie folgt dargelegt:

»Die heutige Ostgrenze ist lediglich eine provisorische. Ihre endgültige Festlegung wird auf der künftigen Friedenskonferenz vorgenommen werden. Wenn nun die SED in der Frage des Ruhrgebietes mit allen politischen Mitteln vor allem gegen eine zusätzliche Verkleinerung Deutschlands kämpft, so steht dies in keinem Gegensatz dazu, dass die Partei bei der endgültigen Festlegung der Ostgrenzen vitale nationale Interessen dem Friedenstraktat überlassen hat. Einige reaktionäre Kreise versuchen, von der Unabänderlichkeit einer Verkleinerung des deutschen Ruhrgebietes abzulenken, indem sie die Ost-Frage zur Hetze gegen andere Nationen missbrauchen... In unserem entschiedenen Kampf für eine demokratische Entwicklung in Deutschland bringen wir jedoch unseren vitalen nationalen Interessen durch eine gerechte Lösung der Ost-Frage mehr Nutzen als diejenigen, welche schon wieder eine nationalistische Hetze auslösen wollen.« Und zum zweiten: »Es ist unsere Aufgabe, das Vertrauen der Welt zu gewinnen, vor allem jedoch derjenigen Nationen, die unter dem hitleristischen Krieg speziell gelitten haben. Die SED hat die unverbrüchliche Hoffnung, dass aus dem heute erstehenden demokratischen Geist des Friedens eine Übereinkunft auch bezüglich der Ostgrenze resultieren wird.« Eine ähnliche Linie wird auch in den Westzonen von Kurt Müller, Max Reimann und anderen vertreten.

Interessant ist, dass die Presse (darunter auch das Organ der SED) die Worte Fechners: »Wir werden die vitalen Interessen der deutschen Nation verteidigen« folgendermaßen verändert hat: »Die SED wird sich jeder Verkleinerung des deutschen Territoriums widersetzen.« Und dies ohne jegliches Dementi. (Siehe den angefügten Zeitungsausschnitt).

²⁹ AMSZ, z. 6, w. 42, t. 668, Bl. 52–55. Das Dokument trägt den Eingangsstempel: »Ministerium für auswärtige Angelegenheiten, 30. September 1946, an Min. Olszewski weitergeleitet am 1. Oktober 1946, geheim«.

³⁰ Alle Unterstreichung im Original. Unterstreichungen von Hand wurden nicht übernommen.

Nichtsdestotrotz hat dieser Standpunkt jedoch in Kreisen führender SED-Funktionäre Diskussionen bewirkt. So ist beispielsweise Heinz Schmidt, der leitende Redakteur für Politik beim Berliner Radio der Meinung, in der Frage der Ostgrenze existierten zwei Alternativen:

Entweder man gehe über zu einer Linie des »demokratischen, sozialistischen Revisionismus«, wie dies Fechner und andere bereits unternommen haben. Dies bedeute jedoch, den chauvinistischen Aufwiegelungstendenzen zu erliegen, wobei man damit natürlich auch bei Wahlen mehr Stimmen erringen könne.

Oder aber man erstrebe, je nach den Umständen jedoch zum Preis der Wahlniederlage, längerfristig eine Lösung der grundlegenden Probleme sowohl der deutschen historischen Unreife als auch eines neuen Verhältnisses zu den slawischen Völkern, speziell zu den Polen. Dies sei umso notwendiger, als dass der Kontrast zwischen England und der Sowjetunion sich verschärfte. Es wäre jedoch ein Irrtum anzunehmen, dass solcherart Ansichten in der SED weit verbreitet seien. Im Gegenteil handle es sich hierbei um vereinzelte Stimmen.

Folgende Konzeption, die mir gegenüber von Bruno Köhler, dem Chef der Zentrale des Presdienstes der SED vertreten wurde, scheint aktuell handlungsleitend zu sein: »Die Grenzpolitik ist soweit schlüssig, wenn ich auch zugeben muss, dass sich real nichts mehr verändern lässt. Auch die französische Partei führt diesbezüglich ihre ganz eigene Politik. Ebenso Ercoli [Palmiro Togliatti] und Tito. Man muss sich den Stimmungen der Massen anpassen. Fechner und noch einige andere formulieren es jedoch sehr unglücklich. Und einige haben auch tatsächlich noch Illusionen (bezüglich der Grenzen). Wenn nun also unsere Ostgrenze auf der Friedenskonferenz endgültig festgelegt wird, dann wird unsere Argumentation folgendermaßen lauten müssen: Wir haben alles getan, um die nationalen Interessen zu schützen. Dabei werden wir auf die gesellschaftlichen Veränderungen hinweisen, welche in Polen stattgefunden haben. Die Grenzfrage wird dann nicht mehr ihre alte Bedeutung haben. Wir werden mit Polen im Austausch gegen unsere Fabrikate einen lebendigen Handelsverkehr betreiben. Letztendlich muss die Ostgrenze aufhören jene fatale Rolle zu spielen, die sie in Deutschland seit Jahrhunderten innegehabt hat.«

Das Interview Molotovs hat natürlich die fortschrittlichen Elemente in der SED gestärkt. Auf der folgenden Sitzung des SED-Präsidiums wurde in Angelegenheit der deutschen Ostgrenze eine Resolution verabschiedet (die ich jedoch als »Verlegenheitsresolution« bezeichnen würde). Sie stellt den Versuch dar, einen Standpunkt gegen die reaktionären Anstrengungen einzunehmen, im Zusammenhang mit der Ostgrenze eine neue chauvinistische Bewegung ins Leben zu rufen. Gleichzeitig jedoch führt sie selbst zu einer Linie des »demokratischen Revisionismus« (siehe den Wortlaut der Resolution in der Anlage). Man ist von den bekannten Äußerungen Fechners nicht abgerückt. De facto hat man auf der eigentlichen Sitzung auf jede Diskussion dieser Frage verzichtet. Man hat lediglich erklärt: »Wir werden für den Augenblick unseren Standpunkt nicht verändern.«

Auf einer Sitzung der Chefredakteure der SED, welche aufgrund des Interviews von Molotov angesetzt worden war, setzten sich mehrere ehemalige SPD-Mitglieder für eine Distanzierung von Molotovs Ansichten ein, während sich andere für einen »eigenen deutschen Standpunkt« aussprachen. Eines der Mitglieder erklärte dazu: »Diese [Molotovs] Position führt zu einer Situation, wie sie 1939 herrschte und die direkt in den Krieg mit Polen mündete.« Diese Argumentation wurde von Freunden, die diesen Standpunkt jedoch im Wesentlichen teilten, als zu scharf und taktisch unklug kritisiert. Zusammenfassend gelangen wir zu folgendem Bild: In der SED herrschen aktuell verschiedenste Einflüsse. Der [neue offizielle] Standpunkt in der Frage der Ostgrenze ist ein Zugeständnis an Elemente, die aus der SPD kamen, sowohl im SED-Präsidium, als auch auf den unteren Organisationsebenen. Letztere teilen in der Mehrheit die Ansichten Schumachers. Darüber hinaus existieren ernst zu nehmende »linke Stimmungen«, die schlicht alles, was zur Zeit geschieht, als »Sozialismus« bezeichnen und die in ihrer Zielsetzung [ebenfalls] in diese Richtung tendieren.

Auch organisatorisch kann man nicht von einem Zusammenfließen der beiden Teile KPD und

SPD sprechen. In gewissen Organisationen der unteren Ebenen kommt es sogar zur Bildung eigener Fraktionen. Das Verhalten der Funktionäre auf Konferenzen deutet auf ein zurückgebliebenes politisches Niveau der Versammlungsteilnehmer hin.

Die landesweiten Wahlen wurden auf den 20. Oktober verschoben, damit sie zeitgleich mit den Berliner Wahlen stattfinden. Auf diese Weise wird das Berliner Resultat nicht von der Reaktion ausgenutzt werden können.

Bei den Gemeindewahlen haben die Frauen mehrheitlich gegen die SED gestimmt. Sie bestätigten damit exakt die Probewahlen, bei denen nur die Frauen wählten. Das Ergebnis war, dass zwei Drittel für bürgerliche Parteien stimmten.

Der Chef der Mission

Oberst Dr. Prawin

Geht an:

- | | |
|------------------------|-------------|
| 1. Minister Olszewski | 2 Exemplare |
| 2. Vizepremier Gomulka | 1 Exemplar |
| 3. General Spsychalski | 1 Exemplar |
| 4. die Kanzlei | 1 Exemplar |

In der Anlage: Zwei [von Hand korrigiert »Drei«] [Zeitungs-]Ausschnitte

Übersetzung des Einführungstextes und der Dokumente aus dem Polnischen von Lukas Imhof (Berlin)